

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Vernachlässigte Verbraucheraufklärung</u> Folgeschwere Versäumnisse der Bundesregierung	80
3 - 4	<u>Stillstand</u> Zum deutsch-sowjetischen Kulturaustausch Von Dieter Bielerstein	93
5 - 6	<u>Fälscher aus Enttäuschung</u> Die SED über den Kölner Parteitag der SPD	69
7 - 8	<u>"Nicht atarlos zurückbleiben..."</u> Ein Brief Fritz Sängers an den Vorstand der Landsmannschaft Pommern	79
8	<u>Aus dem Zeitgeschehen:</u> <u>Toleranz 1962</u> * * * * *	13

Chefredakteur Günter Markscheffel

Vernachlässigte Verbraucheraufklärung

sp - Die Aufwendungen der Industrie für die Werbung sind nach dem letzten Krieg in der ganzen Welt erheblich erhöht worden. In der Bundesrepublik hat sich der Anstieg besonders sprunghaft vollzogen. Die Reklameindustrie hat sich zu einem wichtigen Wirtschaftszweig entwickelt. Die Werbemethoden wurden mit wissenschaftlichen Mitteln erforscht und verfeinert. Zu den schon klassischen Werbemitteln des Plakats und der Anzeige ist nach dem Radio das Fernsehen hinzugekommen, das werbemässig den besonderen Vorzug hat, die optische mit der akustischen Wirkung zu vereinen. Auf Schritt und Tritt sind wir heute ununterbrochen den Werbeeinflüssen ausgesetzt. Wie weit die Wirkung der unterschwelligen Werbung geht, zeigt sich schon bei unseren Kleinkindern, die heute die Werbesprüche bildhaft erfassen und den Text nachsprechen, lange bevor sie überhaupt lesen und schreiben können. Hinzu kommt die Vielfalt und der ständige Wechsel des Warenangebots, die den Verbraucher verwirren, noch dazu, wo wir kaum eine ausreichende Kennzeichnung nach Qualitätsnormen oder Gütezeichen kennen.

Die Bundestagsabgeordnete Frau Käthe Strobel (SPD) hat auf diesen Umstand in der letzten Bundestagsdebatte hingewiesen. Sie warf den Regierungsparteien mit Recht vor, die Verbraucherinteressen vernachlässigt zu haben. Die Regierungspolitik habe sich schon immer zum Schaden der Verbraucher ausgewirkt, aber auch zum Schaden der Volkswirtschaft. Dies sei in der gegenwärtigen konjunkturpolitischen Situation besonders bedauerlich. Eine gute Wettbewerbspolitik muss nicht nur dafür sorgen, dass Produzenten und Verteiler für sich die günstigsten Absatzchancen schaffen und nützen können, sondern auch dafür, dass die Konsumenten die Einkaufsmöglichkeiten beurteilen können. Hierzu gehört eine ausreichende Verbraucheraufklärung und -beratung. Jedem Verbraucher muss die Möglichkeit gegeben werden, das Angebot, die Qualität und die Preiswürdigkeit der Waren zu beurteilen.

In der Bundesrepublik besteht eine ausreichende Anzahl Verbraucherzentralen, die aber nur in unzureichendem Maße mit Geldern ausgestattet sind. Die vom Bund bisher gewährten Zuschüsse sind viel zu gering, um die fehlende Breitenwirkung der Verbraucheraufklärung zu erreichen. Die meisten Verbraucherorganisationen erhalten vom Bund nur einen jährlichen Zuschuss von 25 000 DM. Wie unzureichend ein solcher Betrag für die Aufklärungsarbeit einer grossen Verbraucherorganisation ist, wird besonders deutlich, wenn man bedenkt, dass eine einzige Minute Werbefernsehen schon die doppelte Summe kostet. Ein ganzseitiges Inserat in einer der grossen illustrierten Zeitungen kostet ebenfalls zwischen 50 000 und 60 000 DM. Das Bundeswirtschaftsministerium hat für die gesamte Verbraucheraufklärung und Verbraucherberatung nicht einmal den zehnfachen Betrag für ein ganzes Jahr zur Verfügung.

Als besonderer Mangel auf dem Gebiet der Verbraucheraufklärung hat sich das Fehlen jeglicher Warenprüfungen und Qualitätsvergleiche in der Bundesrepublik erwiesen. Die Durchführung vergleichender Warenprüfungen durch unabhängige Prüfungsinstitute ist dringend notwendig. Die SPD hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die Finanzierung solcher Warentests und eine objektive Unterrichtung der Bevölkerung ohne öffentliche Zuschüsse nicht möglich ist. Sie hat auch bei den diesjährigen Haushaltsberatungen einen Antrag im Bundestag eingebracht, für diesen Zweck erstmals einen Betrag von einer Million DM in den Bundeshaushalt einzusetzen. Die Regierungsparteien haben aber auch diesen Antrag niedergestimmt, obgleich der Bundeswirtschaftsminister selbst zu verschiedenen Malen eine unabhängige Qualitätsprüfung der Waren für notwendig erklärt hat.

Die Ablehnung des SPD-Antrages wurde offensichtlich mit rechtlichen Bedenken bemäntelt. Nachdem bereits zwei Oberlandesgerichte die Warentests mit dem Gesetz vereinbar erklärt haben und auch ein im Auftrage der Verbraucherarbeitsgemeinschaft angefertigtes Gutachten zum gleichen Ergebnis gekommen ist, sollte man etwaigen rechtlichen Schwierigkeiten in Ruhe entgegensehen. Diese dürften wohl aus jenen Kreisen der Industrie kommen, denen unabhängige Warenprüfungen und deren Veröffentlichung unbequem sind. Das beweisen auch die zahlreichen Versuche, die Veröffentlichung der Ergebnisse der von verschiedenen Seiten schon durchgeführten Warentests durch Prozesse und gerichtliche Maßnahmen zu verhindern.

Es ist daher dringend notwendig, dass der Bund auf diesem Gebiet endlich etwas unternimmt, um den Verbraucher zu schützen. Hierbei sollte sich die Tätigkeit des Staates darauf beschränken, die rechtliche Zulässigkeit der Warentests und ihrer Auswertung zum Zwecke einer objektiven Verbraucherunterrichtung einwandfrei zu klären und unter Ausnutzung aller vorhandenen Möglichkeiten in Presse, Rundfunk und Fernsehen dem Verbraucher die Möglichkeit zu geben, sich im Vergleich zur Werbung ein eigenes objektives Urteil zu bilden.

Im übrigen muss der Bund ausreichende Mittel bereitstellen, um den bestehenden Selbsthilfeorganisationen die Durchführung ihrer im öffentlichen Interesse liegende Aufgaben zu ermöglichen.

+ + +

Stillstand

D.B. - "Wir werden alles tun, um den Kulturaustausch zwischen der Sowjet-Union und der Bundesrepublik wieder aufzunehmen", erklärte Georgij Schukow, Vorsitzender des sowjetischen Staatskomitees für die kulturellen Beziehungen mit dem Ausland, vor einigen Monaten in einem Interview mit der "Iswestija". Seitdem ist es still geworden um diesen Kulturaustausch, der vor drei Jahren mit der Unterzeichnung einer deutsch-sowjetischen Kulturvereinbarung am 30. Mai 1959 begann. Für zwei Jahre - so lange galt die Vereinbarung - öffnete sich für Schauspielensembles, Orchester, Rundfunksendungen, Fachleute der verschiedensten Gebiete, Wissenschaftler, Studenten und Sportgruppen ein schmaler Durchlaß im Eisernen Vorhang. Dafür wurde, es war noch vor dem Ultimatum Chruschtschows, in der Vereinbarung nicht ausdrücklich erwähnt, aber faktisch berücksichtigt, an der faktischen Einbeziehung Berlins scheiterten dann die Verhandlungen um eine neue Kulturvereinbarung am 24. Mai des Vorjahres, sie wurden bis auf weiteres unterbrochen.

In der Schwebe

So blieben die Dinge bislang in der Schwebe. Einige der noch nicht verwirklichteten Pläne der früheren Kulturvereinbarung können jetzt noch ausgeführt werden, einige Wissenschaftler, Expertengruppen und Studenten werden hier erwartet oder sollen in nächster Zeit in die Sowjet-Union reisen. Doch im Wesentlichen, vor allem für das Gebiet des Künstler- und Ausstellungsaustausches, ist das Programm abgewickelt. Zwar gibt es auch im privaten und kommerziellen Rahmen einige Verbindungen. Filme werden ab und zu angekauft, Industrielle orientieren sich auf Studienreisen über Nachwuchsausbildung oder Produktionsmethoden, einige Wissenschaftler kommen oder reisen zu internationalen Kongressen. Doch das alles schlägt nach Zahl und Umfang nicht zu Buche, ist mit vielen praktischen Schwierigkeiten verbunden oder scheitert oft an Formalitäten.

Positive Erfahrungen

Dabei ist das Interesse an einem Kulturaustausch auf beiden Seiten durchaus vorhanden, die Erfahrungen der ersten Vereinbarung waren vielfach positiv. Exakte Information und Erfahrungsaustausch auf fachlichem und kulturpolitischem Gebiet, Theatergastspiele, Ausstellungen und Konzerte können zwar angesichts der scharfen weltpolitischen Spannungen nicht ohne weiteres zu einer "Verständigung" führen. Sie ermöglichen aber, wenn man die Gegenseitigkeit wahrt und auf plumpe Propaganda verzichtet, ein nachgerechteres Urteil in Vielem und ein genaueres Verständnis der Position des Anderen. So hatte man auch für die deutsch-sowjetische Kulturbeziehungen die Form gewählt, in einer Vereinbarung die einzelnen Austauschvorhaben nach Art und Umfang neu festzulegen. "Eine weitere Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern herbeizuführen" war das erklärte Ziel.

Dabei galten so spektakuläre Auftritte wie das Moissejew-Volkstanzensemble, des Moskauer Kammerorchesters und des Moskauer Staatszirkus bei uns und die Gastspiele von Gustav Gründgens' Deutschem Schauspielhaus des Stuttgarter Kammerorchesters und des Sinfonieorchesters des Norddeutschen Rundfunks in der Sowjet-Union noch nicht einmal als wichtigstes Ergebnis. Daneben ergaben je acht Studienreisen von Fachleuten der Kunst und Pädagogik, der Austausch von jährlich 10 Studenten, lange und kürzere

Studienaufenthalte von rund drei Dutzend Wissenschaftlern und der Austausch technisch-wirtschaftlicher Fachleute in aller Stille wichtige Einblicke und dauerhafte Verbindungen. Eine deutsche Buchausstellung über Technik und exakte Naturwissenschaften in Moskau, Leningrad und Kiew verzeichnete Besucherzahlen, die wir eher bei Boxkämpfen vermuten würden.

Unebenheiten

Natürlich gab es auch einige Unebenheiten: Visa, die auf sich warten ließen; Pläne, die aus unerfindlichen Gründen scheiterten. Einige ablichtsvolle Bestrebungen der sowjetischen Seite zeigten sich auch bald deutlich. Die große Show mit unkritischem Massenpublikum wie das Volkstanz-Ensemble und der Zirkus wurden von ihnen gegenüber dem Fachaustausch deutlich bevorzugt. Es waren sicherlich gute Leistungen, denen wir ähnliches dieser Art nur schwer gegenüberstellen können, die aber auch bereits die Grenze des Sinnvollen für den Kulturaustausch erreichen, auch wenn man ihn nicht nur als "Cocktail-Party für die Gebildeten" begreift. Der Austausch von Fachleuten, Wissenschaftlern und Studenten vollzog sich von drüben zugleich sehr geplant und gezielt. "Herr X möchte an dieser Hochschule in der Bundesrepublik in diesem Institut die Begierung von Spezialstühlen studieren", solche Wünsche waren an der Tagesordnung, um so sehr, nachdem Auslandsaufenthalte gemeinsam für die Akademie der Wissenschaften und für die Hochschulen in der Sowjet-Union von einem neu gegründeten Staatskomitee geplant und koordiniert werden. Hinter manchem dieser Vorschläge mag die Absicht stehen, schlicht den größten praktischen Nutzen von uns zu ziehen. Aber man darf auch nicht übersehen, daß die Deutsche Wissenschaft fast aller Bereiche seit 100 Jahren einen starken Einfluß und Beachtung in Rußland genießt und Deutsch immer noch von Brest bis zum Ural die überwiegende Fremdsprache ist. Doch auch von unserer Seite konnten Slavisten, Literaturhistoriker, Volkswirte oder Mathematiker Forschungen nachgehen, die dort und nur dort möglich waren; und die stille Wirkung künstlerischer Darbietungen ist nicht zu übersehen zu mal "Deutschland" auch für den Sowjetbürger nach wie vor nicht identisch ist mit dem Regime Ulbrichts.

Berlin muß einbezogen bleiben

Dennoch zeigt sich, daß auch diese Kulturbeziehungen eingefügt sind in übergeordnete politische Überlegungen. So sehr das Interesse an ihrer Fortführung auf beiden Seiten besteht, so sehr ist die faktische Einbeziehung Berlins für uns eine Selbstverständlichkeit. Wenn die sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 23. Mai des vorigen Jahres meldete, "die volle Verantwortung für die aufgetretenen Schwierigkeiten tragen die Vertreter der Bundesrepublik", so geht sie hinsichtlich des Kulturaustausches am Problem vorbei. Für Berlin tragen wir in der Tat die Verantwortung, da wir es von seinen lebenswichtigen Beziehungen zu uns nicht abschneiden lassen. Wird das berücksichtigt, so sind Verhandlungen um eine neue deutsch-sowjetische Kulturvereinbarung auch wieder mit guter Aussicht möglich. Doch dafür trägt der sowjetische Verhandlungspartner die Verantwortung.

+ + +

Fälscher aus Enttäuschung

E.Z. - Berlin

Die Reaktion Pankows auf den SPD-Parteitag ist von der Enttäuschung bestimmt, dass nichts von einer massiven Opposition gegen die Politik des Parteivorstandes berichtet werden konnte, die nun schon seit Monaten von der SED-Presse frohlockend an die Wand gemalt worden war. Bisher hat sich auch noch keine Ostberliner Zeitung zu einem Kommentar über den Kölner Parteitag aufrufen können. Man begnügte sich in Ostberlin mit einer Berichterstattung, die bemüht war, die grundsätzlichen Erklärungen zur künftigen SPD-Politik in eine Aufgabe jeder Opposition gegen die Adenauer-Politik umzufälschen.

Umso mehr wurden in der Berichterstattung der Ostberliner Presse jene Randerscheinungen in den Vordergrund gerückt, die offenbar in Pankower Auftrag inszeniert wurden. Da ist zunächst die Verteilung von Flugblättern durch angebliche "Falken" zu erwähnen, mit denen am ersten Tag des Parteikongresses der Versuch gemacht werden sollte, wenigstens den Anschein der von Pankow gewünschten Rebellion zu beweisen. Auf der gleichen Linie liegt im Pankower Echo die Aufmerksamkeit, mit der man jene obskure "internationale Pressekonferenz" in Köln bedachte, die von ehemaligen SPD-Mitgliedern, deren Verbrüderung mit den Kommunisten nicht mehr zu bezweifeln ist, in Szene gesetzt wurde, um der SED-Presse wenigstens einige Brocken für ihre Hetze gegen die SPD zuzuspielen.

Die Schlagzeilen, mit denen die Ostberliner Zeitungen ihre Berichte über den Kölner SPD-Parteitag versehen haben, sollen die SPD eindeutig als Handlanger der Adenauer-Politik diffamieren. Das sind die Schlagzeilen, mit denen die SED-Zeitungen ihre bisherige Verleumdungskampagne gegen die SPD fortsetzen, obwohl sie genau wissen, dass sie damit gegen die Wahrheit verstossen. Man scheut dabei nicht einmal vor den grotesksten Fälschungen zurück. "SPD bejagt bankrotte Politik" ... "Reihen der SPD tief gespalten", oder "Ezler will keine Grenzen für Strauss' Rüstungshaushalt" ... das sind die Schlagzeilen, mit denen die SED-Zeitungen ihre bisherige Verleumdungskampagne gegen die SPD fortsetzen, obwohl sie genau wissen, dass sie damit gegen die Wahrheit verstossen.

Fälschungen am laufenden Band kennzeichnen die Berichterstattung in Ostberlin. Die allgemeine Bemerkung des Wirtschaftsexperten Deist, auch für die Lohn- und Gehaltspolitik könnte es Grenzen geben, wird zu der lügnerischen Behauptung verfälscht, Deist habe die Lohnforderungen der Arbeiter für das ständige Steigen der Preise verantwortlich gemacht. Das Willy Brandts Feststellung, die "SPD muss ein stabilisierender und bestimmender Faktor im Staate sein", wird von den Ostberliner Zeitungen als ein Dienst für die "westdeutschen Ultras" deklariert. Auch Erich Mollenhauers von dem Parteitag mit Beifall aufgenommene Erklärung, die SPD habe durch ihre Haltung dazu beigetragen, "dass sich die schwere Erschütterung der Bundesrepublik nicht als Staatskrise abgezeichnet habe", wird in Pankow als eine "Rettung des bankrotten Adenauer-Regimes" durch die SPD hingestellt. Der SED wäre es - so muss man eindeutig daraus schliessen - verständlicherweise lieber gewesen, wenn von der SPD angesichts der durch Bonn verursachten Differenzen mit Washington der Bundesregierung über die notwendige und berechtigte Kritik hinaus der Knüttel zwischen die Beine geworfen worden wäre, wovon freilich lediglich Pankow den Vorteil gehabt hätte.

Um das von der SED schon seit langem beschworene Bild von der angeblichen SPD-Parteiorgansdiktatur über die Parteimitgliedschaft aufrecht zu erhalten, behauptet die Pankower Presse erneut, die SPD-Führung habe durch ihre Regie auf dem Parteitag die angebliche Opposition unter den Delegierten abgewürgt, um so ihre These von der "tiefen Spaltung der SPD" weiter kolportieren zu können. Dass Pankow aber in seiner Berichterstattung gleichzeitig auch die auf dem Parteitag in einzelnen Arbeitsgemeinschaften zutage getretenen kritischen Stimmen einiger Delegierter erwähnt, macht den Kommentatoren der SED nichts aus.

Wer kann schon von den SEDisten in Ostberlin erwarten, sie würden sich mit den grundlegenden Forderungen der Sozialdemokraten anders befassen, als sie in eine "Billigung der Bonner Aussen- und Innenpolitik" zu verfälschen. Ohne diese Lüge ist es der SED einfach nicht möglich, wenigstens die eigenen Parteimitglieder in der Hoffnung stark zu machen, es könnte vielleicht doch noch der von Pankow gewünschte Eklat in der Sozialdemokratie kommen. Mit der Zahl der Freunde Pankows, die die SED bisher schon im deutschen Westen registrieren konnte, ist man offenbar nicht zufrieden, obwohl man sonst nur allzu gern von der Masse der westdeutschen Arbeiterschaft spricht, die angeblich mit Zuversicht auf den Ulbricht-Sozialismus blickt.

"Nicht atemlos zurückbleiben" ...

Die Pommersche Landsmannschaft hält diesmal ihr jährliches Treffen an 1. und 2. Juni in Köln ab. Fritz Säger, MdB, selbst Pommer, sollte als Vertreter der SPD daran teilnehmen. Er schrieb, da durch Krankheit an der Teilnahme verhindert, folgenden Brief an den Sprecher der Landsmannschaft Pommern, Dr. Eggert:

Lieber Herr Dr. Eggert,

es fällt mir wirklich sehr schwer, Ihnen diesen Brief zu schreiben, aber ich möchte Ihnen doch erklären, warum ich nicht zum Pommerntreffen nach Köln kommen kann. Ich habe einen Warnschuss bekommen und muss mich versehen und soll und muss jede Möglichkeit ergreifen, in der nächsten Zeit still zu sein, so gut das meine Pflichten eben zulassen. In den Tagen ausgerechnet, in denen Sie in Köln beisammen sind und in denen meine Gedanken dabei sein werden, muss ich in einer ständigen Beobachtung des Arztes bleiben. Ich habe den erbetenen Aufschub nicht bekommen und muss gehorchen.

Das tut mir aufrichtig leid, Sie werden es begreifen. Denn mir läge daran, in Köln anwesend zu sein und auch dort zu erspüren, wohin die Gedanken jetzt gehen und wie sich der politische Sinn formt, nachdem wir uns doch näher an die unmittelbar zu lösenden Aufgaben herangerückt sind. Wir beide haben ja öfter darüber gesprochen und geschrieben. Für eine öffentliche Diskussion war es lange Zeit zu früh, aber seit langer Zeit nicht mehr. Sie kennen meine Meinung, dass seit 1955 der amerikanische Weg zur Entspannung absolut unverkennbar ist, nicht mehr wegdiskutiert werden kann und nur immer hätte analysiert werden müssen, damit wir nicht atemlos zurückbleiben hinter der eilig voranschreitenden weltpolitischen Entwicklung. Da sind von der offiziellen deutschen Politik schwere und unwiederbringbare Fehler gemacht worden. Es war zu billig, dass der Regierungschef jetzt, wo die Amerikaner schliesslich mit den nackten Realitäten nicht mehr hinter dem Berg bleiben konnten, zumal sie von uns keinerlei helfende Anregung, keine Andeutung von möglichen Einzelheiten bekamen, keine bessere Gegenwirkung wusste als die, den besten und wichtigsten und notwendigsten Freund zu schmähen, zu verdächtigen und der böswilligen Kritik emotional bestimmter unwissender, weil uninformatierter Massen auszusetzen. Das ist glücklicherweise auch noch misslungen. Die Amerikaner sind auch nicht ganz unschuldig an dieser Situation, denn sie haben es sehr einseitig über ein Jahrzehnt nur mit einer Partei in Deutschland gehalten und in Erkenntnis der deutschen Wirklichkeit eine Unterscheidung nach Systemen vorgenommen, die einfach töricht und politisch unklug war. Ich selbst habe erlebt, wie eine kühle, kritische Betrachtung ihres Tuns als eine Ablehnung bewertet wurde, obwohl sie eine Hilfe war. Nur wenn wir souverän miteinander sprechen, die Amerikaner und wir, finden wir den notwendig gemeinsamen Weg hier für dieses deutsche Teilproblem der Gesamtpolitik der USA.

Was werden unsere pommerschen Landsleute bedenken und dann sagen? Wohin unser Herz uns zieht, das brauchen wir nicht auf den Markt zu bringen. Wohin die Möglichkeiten uns einen Weg offen lassen, das ist zu überlegen. Ich wäre sehr froh, wenn die Tagung auf lärmende Kundgebungen der Art verzichten könnte, die eine internationale Auseinandersetzung stören

wurde. Gewiss müssen wir laut und überzeugend - aber eben: überzeugend für die anderen, denn auf sie kommt es an! - sagen, was wir denken und was wir wollen. Nur sollten wir das denken, was ein heisses Herz gemeinschaftlich mit einem kühlen Kopf schliesslich ausgehandelt hat und wir sollten das sagen, das wollen, was uns einen Schritt oder mehrere vorwärts bringt und nicht in starrer Bewegungslosigkeit belässt. Indessen würden die Ereignisse in der Welt an uns vorbeiziehen. Wir Pomnern sind wegen unserer Zähigkeit und Beharrlichkeit gerühmt worden. Das könnten wir jetzt bestätigen. Man sagt uns auch nach, wir seien ruhige und zurückhaltende Menschen und gingen eher behäbig als hastig voran. Auch das wäre jetzt eine gute Eigenschaft und es ist Zeit zur Bewährung auch dieser Eigenschaften.

In diesem Sinne wünsche ich dem Pommerntreffen 1962 einen vollen Erfolg! So könnte, so müsste und würde es zu einer effektiven Hilfe für die politische Kleinarbeit werden, der wir in den nächsten Monaten nicht ausweichen können und wollen. So sehr die Regierung des Bundes die volle Verantwortung trägt, die für diese Stunden der voraussichtlichen Entscheidung wie die für die Entwicklung, wie sie in den letzten Jahren von uns her beeinflusst wurde, so sehr will und wird doch auch die Opposition, zu der ich gehöre, ihren Teil Verantwortung auf sich nehmen im Sinne unseres Godesberger Programmes, dass beide, Regierung und Opposition, verschiedene Aufgaben haben, die aber gleichen Ranges sind.

Ich wünsche Ihnen, lieber Herr Dr. Eggert, in Ihrer grossen Verantwortung, einen vollen Erfolg, starke Kraft und einen festen Willen, das Ziel nicht aus den Augen zu lassen: nur im Frieden finden wir einen gangbaren Weg.

Alle guten Wünsche und herzliche Grüsse

gez. Fritz Sänger"

+ + +

aus dem Zeitgeschehen:

Toleranz 1962

Köln (dpa). Der Kölner CDU-Landtagskandidat Gustav Ehwald hat auf seine Kandidatur verzichtet und ist aus der Partei ausgetreten. Wie die Kölner CDU gestern auf Anfrage mitteilte, hatte der Kölner Parteivorstand Ehwald angedeutet, er sei als Kandidat nicht tragbar, da er nicht kirchlich getraut sei. Ehwald, Mitglied des evangelischen Arbeitskreises der Kölner CDU, der mit seiner katholischen Frau nur standesamtlich getraut ist, habe auf einer Delegiertenversammlung mit Ja geantwortet, als man ihn ausdrücklich gefragt habe, ob seine "ehelichen Verhältnisse in Ordnung" seien. Wenige Tage später habe die Partei dann durch Zufall erfahren, dass bei Ehwald eine kirchliche Trauung überhaupt nicht in Frage komme, da seine Frau bereits einmal geschieden sei. "Deswegen war er als typisch evangelischer CDU-Vertreter, so wie wir ihn wollten, nicht tragbar", erklärte die Kölner CDU.

+ + +